



2007/41 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2007/41/geld-fuer-die-junta>

Geld für die Junta

**Der französische Konzern Total setzt seine Geschäfte in Myanmar fort.
von bernhard schmid, paris**

Christophe de Margerie ließ keinen Zweifel. »Total wird sich nicht zurückziehen«, kündigte der Präsident des französischen Energiekonzerns am vergangenen Freitag an. Präsident Nicolas Sarkozy hatte am 26. September »private Firmen wie zum Beispiel Total« zu »größter Zurückhaltung« aufgefordert und sie ersucht, in Myanmar »keine neuen Investitionen« zu tätigen. Doch neue Investitionen sind gar nicht geplant.

Erdgas ist das wichtigste Exportprodukt Myanmars. Alljährlich fließen 200 bis 500 Millionen Euro über die Staatsfirma MOGE aus dem Förderprojekt von Yadana an die Junta. Total ist führend an diesem Projekt beteiligt, und der Konzern kann auf einen alten Freund zählen, der nun Außenminister ist: Bernard Kouchner.

Wie bei den meisten Infrastrukturprojekten wurden auch beim Bau der Pipeline, die das in Yadana geförderte Gas transportiert, Zwangsarbeiter eingesetzt. Doch Kouchner sagte dem Figaro im Dezember 2003, er sei »zu 95 Prozent« sicher, dass Total nicht von Sklavenarbeit profitiere. Denn die Leute von Total, er kenne sie, seien dazu menschlich gar »nicht fähig«.

Bekannt waren sie ihm als Auftraggeber, Kouchner kassierte in jenem Jahr 25 000 Euro für einen Bericht, den er abfasste, nachdem er vier Tage in Myanmar verbracht hatte. »Bleich« so Le Monde, soll Kouchner, der gern als Vorkämpfer für die Menschenrechte auftritt, geworden sein, als Total den Bericht dann im Dezember bei einem Prozess verwendete, in dem das Unternehmen sich gegen heftige Kritik von Flüchtlingen aus Myanmar verteidigen mußte. Er bezeichnete die Zwangsarbeit als eine »kulturelle Tradition«, unter Anspielung auf die frühere kostenlose Arbeit von Dorfbewohnern bei der Errichtung von Tempeln oder gemeinnützigen Bauten. »Aber sicher nicht beim Munitionstransport oder Errichten von Unterkünften für Soldaten«, konterte die Internationale Vereinigung von Menschenrechtsverbänden (FIDH) in einem Kommentar zu Kouchners Bericht.

Dessen Behauptung, Total habe sich in Myanmar nichts zuschulden kommen lassen, konnte dann nicht einmal mehr der Konzern selbst aufrechterhalten. Nachdem die US-Firma Unocal, die mit Total in demselben Erdgasprojekt investiert hat, im Rahmen eines Prozesses in Kalifornien größere Schadensersatzzahlungen geleistet hatte, hielt auch die Konzernführung in La Défense bei Paris die Zeit für gekommen. Im November 2005 zahlte Total jeweils 10 000 Euro an acht Kläger aus Myanmar und richtete einen »Reparationsfonds« von 5,3 Millionen Euro ein. In

Belgien wurde in der vergangenen Woche jedoch eine neue Klage gegen Total eingereicht.

Nicht alle Kritiker der Konzernpolitik befürworten allgemeine Sanktions- und Boykottmaßnahmen. Der linke Anwalt William Bourdon, der die Kläger gegen Total in Frankreich vertritt, meint: »Birma unter Quarantäne zu stellen, könnte ein Rezept sein, das schlimmer wäre als das Übel, gegen das es angewendet wird. Es gibt kein historisches Beispiel eines Regimes, das infolge eines Boykotts wie eine reife Frucht gefallen wäre.« Denn häufig behelfen sich Diktaturen dann mit Schmuggelaktivitäten und halbmafiosen Netzwerken. Andererseits kann äußerer Druck der Opposition helfen, wie in Südafrika am Ende der Apartheid-Ära. Der Bevölkerung Myanmars kommt die Tätigkeit von Total und anderen ausländischen Konzernen nicht zugute. Nach Angaben des FIDH gehen 45 bis 50 des Budgets an das Militär, für Gesundheit und Bildung bleiben weniger als drei Prozent.